

Redebeitrag

Plenum, 21. September 2015

Dok. 74 (2014-2015) Vorschlag eines begründeten Gutachtens zum Gesetzesvorentwurf zur
Änderung des Gesetzes vom 31.12.1983 über institutionelle Reformen für die DG

-Michael Balter-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Kollegen und Kolleginnen,
Sehr geehrte Bürger und Bürgerinnen der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Die Refinanzierung der DG -

Wenn man die DG isoliert betrachtet,
dann kann man sich natürlich darüber freuen,
wenn plötzlich 7 Millionen Euro mehr hierhin fließen.

Aber meine Damen und Herren,

ich muss Ihre Freude etwas dämpfen -

Denn man kann die DG nicht isoliert betrachten.
Sie erinnern sich: „Wir dürfen nicht nur uns selbst sehen.“

Und ich gebe ihnen zu Bedenken, dass der Föderalstaat dieses Geld gar nicht
hat. Ja, er macht seit Jahren Defizite und muss sich immer weiter verschulden.

2014 hatte Belgien ein jährliches Defizit, von mehr als 6 Milliarden Euro.

QUELLE: <http://www.haushaltssteuerung.de/staatsverschuldung-belgien.html>

Und die Staatschuld klettert und klettert von Allzeithoch zu Allzeithoch
zumindest in absoluten Zahlen, und auch hier nur aufgrund einer äußerst
günstigen Zinsphase kommt es nicht zu weiteren Einschnitten und
Sparmaßnahmen bei den Bürgern.

Zurzeit beträgt die Staatsschuld Belgiens 435 Milliarden und steigt pro Tag um fast 30 Millionen an. Hier muss man ansetzen, hier sind Lösungen gefordert!

Quelle: <http://www.haushaltssteuerung.de/schuldenuhr-belgien.html>

Es ist in meinen Augen umso erstaunlicher, dass niemand von Ihnen dies anspricht und niemand sich die Frage stellt wo dieses Geld eigentlich herkommt.

Ja, meine Damen und Herren, dies grenzt an Überheblichkeit, insbesondere wenn Herr Paasch Äußerungen von sich gibt wie er dies in der vergangenen Woche getan hat.

Und da dieses Geld gar nicht da ist, der Staat sich dafür weiter verschulden muss, ist es umso mehr Ihre Pflicht dieses Geld zum Wohle der Bürger einzusetzen.

Aber wie man im Ausschuss erfahren konnte ist dies bereits alles verplant, zumindest kann man in etwa so die Äußerungen des Herrn Paasch zusammenfassen.

Und mit Ausdrücken wie: „Ehre wem Ehre gebührt!“ Wäre ich vorsichtig.

Dass sich DG Politiker hier eingesetzt haben, ist schön.

Aber das ist doch Ihre Aufgabe, als Volksvertreter.

Aber Ihre Aufgabe ist es auch langfristig dafür zu sorgen, dass der Staat, und alle Gliedstaaten mit dem auskommen was ihnen zur Verfügung steht.

Und sich nicht immer weiter zu verschulden, wenn dies geschehen würde und man sich hierfür einsetzen würde, dann könnte man überlegen Ausdrücke wie eben zitiert zu benutzen, aber im vorliegenden Fall wäre ich da zurückhaltender.

Auch weiß ich nicht warum man in diesem aktuellen Gutachten auf die Grundsatzerklärung vom Juni 2011 hinweisen muss.

Sie erinnern sich die mit dem berühmten Satz: „Wir sind bereit, gewillt und und und...“

Anstatt hier solch eine unredliche Forderung zu wiederholen, wäre es im Sinne der von ihnen oft zitierten Bundestreue angebracht gewesen, sich zu bemühen die Haushalte in Ordnung zu bringen und selbst keine neuen Schulden anzuhäufen.

Auch die von Ihnen viel zitierte Aussage Nettozahler, ist genauso irreführend und birgt die gleiche unredliche Haltung wie Ihre Aussage vor den Wahlen, man werde einen Ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2015 hinterlegen, als sie sich beeilten hinzuzufügen, dass dies nur in den alten Zuständigkeiten der Fall sei.

Wie so oft wollen sie hiermit Verwirrung stiften und von dem eigentlichen Problem ablenken.

Genaugenommen, und so haben sie es auch in ihrer Antwort auf meine Frage ausgelegt:

Die DG sei Nettozahler, weil sie kein Empfänger von zusätzlichen Mitteln aus dem Übergangsmechanismus ist, und das der Übergangsmechanismus keinen positiven Effekt für die DG habe.

Aber dies gilt natürlich nicht für die Gesamtfinanzsituation der DG.

In diesem Jahr wird die DG ca. 250 Millionen Euro vom Föderalstaat und der wallonischen Region erhalten-und ist somit ein Nettoempfänger von belgischen Steuergeldern, und das wissen sie genau, also versuchen sie hier nicht mit irgendwelchen Begrifflichkeiten die Bürger in die Irre zu treiben. Sondern bleiben sie bei den Tatsachen.

Zusammengefasst, ja es ist schön, dass dieses Geld zur DG kommt, und es wäre noch schöner wenn es da wäre und der Föderalstaat sich auch nicht dafür weiter verschulden müsste und am schönste wäre es, wenn dann auch noch dieses Geld sinnvoll für die Bürger hier vor Ort eingesetzt würde.

Was dieses Gutachten angeht, so haben wir bereits im Jahre 2011, klar und deutlich unsere Meinung zur damaligen Grundsatzerklärung gesagt.

Und diese jetzt bewilligten Gelder werden bei einer Fortführung der seitens der Mehrheit vertreten Politik, die finanzielle Lage der DG langfristig nicht strukturell verbessern. Dafür hielt die Regierung einfach zu wenig Maß.

Wir brauchen endlich ein Umdenken und keine neue Schulden oder Verpflichtungen oder Forderungen an andere.

Da wir jedoch hoffen, dass die Regierung sich ihrer Pflicht und Verantwortung bewusst ist, werden wir nicht gegen dieses Gutachten stimmen.